

Warum musste Benno sterben?



Ulrich Sander, Jahrgang 1941, war von 1967 bis 1971 Mitarbeiter, später Chefredakteur des Jugendmagazins für internationale Jugendbegegnungen "elan". Er war 1968 Gründungsmitglied der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Er legte den elan-Report über den 2. Juni 1967 hiermit im Reprint vor. Die Autoren des Reports von 1967 waren Rolf Priemer und Hubert Reichel.

Es handelt sich um Auszüge aus Elan Juli 1967 zu den Themen Mord an Benno Ohnesorg, Motiv der Jugend- und Studentenbewegung in den 68er Jahren. Infolge des jetzt bekannt gewordenen, aus den 50er Jahren herrührenden Zusammenwirkens des MfS mit dem K.H. Kurras (Schütze beim Mord an Ohnesorg) wird mal wieder versucht, die Geschichte umzuschreiben. Aber der elan zeigt auch für das Heute auf: Es ging den Linken, auch der DDR, nicht

um das Schüren allgemeiner anarchistischer Unruhe, sondern ganz konkret um den Kampf gegen die Notstandsgesetze (die eine ganz konkrete Bedrohung für den Frieden darstellten) und für die Demokratie, gegen den Vietnam-Krieg und den Imperialismus, gegen den Faschismus und Neofaschismus, für die Rechte der Jugend. Die ehrlichen Motive der Jugend der DDR bei der Solidarität mit der westdeutschen Jugend werden in den Medien heute verfälscht. Der Polizeiterror der späten 60er Jahre wird verharmlost (und an den Mord an Philipp Müller denkt ohnehin keiner), die Rolle der Geheimdienste (aller) wird auf das Wirken "der Stasi" reduziert. Die Tatsache, dass Kurras ein Doppelagent sein könnte, wird ausgeblendet.

Ich finde, man sollte die Elan-Seiten von 1967 wieder der Öffentlichkeit zugänglich machen, um dem schändlichen Versuch zu begegnen, die große Geschichte unserer Jugendbewegung zu diskreditieren. In der Geschichte steht diese Jugendbewegung einzigartig dar. Während die Arbeiterjugendbewegung von zwei Weltkriegen erstickt wurde und die bürgerliche Jugendbewegung des frühen 20. Jahrhundert sich selbst mit Nationalismus und Kriegstaumel diskreditierte, blieb die 60er Jugendbewegung weitgehend unbesiegt und beispielgebend für heute, sie hat viel bewegt, besonders lange Zeit Frieden und Antifaschismus. Erst der Verrat der Fischer, Schröder, Scharping und wie die Gestalten alle heißen haben den Niedergang des Ansehens der "68er" eingeleitet, dem jetzt der Rest gegeben werden soll.

Stellen wir uns dem entgegen!

Ulrich Sander

Warum mußte Benno sterben?



Mit versteinertem Gesicht, vom Schmerz gezeichnet, so stand sie am offenen Grabe ihres Mannes. In wenigen Monaten wird Christa Ohnesorg Mutter sein. Das Kind wird seinen Vater, den Studenten Benno Ohnesorg, nie kennenlernen. Er, der nicht glauben wollte, daß es hierzulande Polizeiterror gibt, wurde bei einer Demonstration in Berlin hinterrücks von einem Polizisten erschossen. Wie konnte das geschehen? Warum ging die Polizei mit beispielloser Härte und Brutalität anlässlich des Schah Besuchs gegen Demonstranten vor? Über die Hintergründe dieser Vorfälle berichtet elan auf den folgenden Seiten.

Warum mußte Benno sterben ?

Bismarckstraße, 19.57 Uhr.

Nur für wenige Augenblicke haben die Demonstranten auf der anderen Straßenseite den Schah von Persien und sein Gefolge zu Gesicht bekommen, Barrieren und dichte Ketten von Polizisten, die ihre langen Gummiknüppel schlagbereit halten.

Die Demonstration gegen den Diktator auf dem Pfauenthron ist im Begriff sich aufzulösen.

20.09 Uhr. Während in der Oper die ersten Takte von Mozarts "Zauberflöte" erklingen, kommt plötzlich das Kommando: "Knüppel frei!" Das Massaker, der "blutige Freitag" von Berlin, beginnt. "Mädchen bitten: "Nicht schlagen", aber die Polizisten schlagen mit äußerster Kraft, schlagen auf Ohnmächtige, auf Liegende, auf Studenten, die ihren zusammengebrochenen Kommilitonen helfen wollen." So beschreibt der Augenzeuge des Polizeiterrors, Jürgen Zimmer, in der "Zeit", wie Westberliner Polizeikommandos mit den Demonstranten "persisch" reden.

Plan "Füchsejagen"

Auf dem Ku-Damm verbreitet derweil ein Lautsprecherwagen der Polizei die Meldung, ein Polizist sei von Demonstranten erstochen worden, obwohl sich selbiger längst zum "Einsatz" zurückgemeldet hat. Mit solchen Zwecklügen wird die Polizei aufgeputscht, die schon am Vormittag vor dem Schöneberger Rathaus eine unrühmliche Rolle gespielt hatte.

Dort durfte sich ein "schahfreundlicher" Perser Trupp mit bunten Fähnchen und Porträts des Kaisers vor den Absperrungen postieren. Die Polizei bildete Spalier, als sich "dieser Schlägertrupp, zum Teil mit Pistolen und Ausweisen des persischen Geheimdienstes ausgerüstet" ("Zeit"), auf demonstrierende Berliner stürzte und mit Totschlägern, Stahlruten und Holzlaten auf sie einschlug.

Während vor der Oper uniformierte Polizei die Knüppel schwang, gingen nach den Feststellungen von Rechtsanwalt Mahler "Greifkommandos in Zivil" zum Angriff über, der "Plan

Füchsejagen" begann.

Zu diesem Zeitpunkt wird deutlich, daß das brutale, unmenschliche Vorgehen der Polizei Bestandteil eines großangelegten Notstands-Manövers ist, für das der Schah-Besuch den willkommenen äußeren Anlaß bietet.

Greiftrupps in Aktion

Denn was jetzt auf der Bismarckstraße passiert und um 20.30 Uhr mit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg seinen Höhepunkt findet, das ist auf Polizeischulen Pflichtfach im theoretischen Unterricht. So heißt es bezeichnenderweise in einem Notstandsplanspiel von Polizeirat Josef Müller:

"Zur Festnahme von Rädelsführern sind Greiftrupps bereitzustellen und durch eine schnell zu bildende Gasse überraschend einzusetzen."

Opfer eines solchen Greiftrupps wurde Benno Ohnesorg. Sein rotes Sporthemd hatte die Aufmerksamkeit der Polizisten auf ihn gelenkt. Der 26jährige Philosophiestudent nahm zum erstenmal in seinem Leben an einer Demonstration teil. Er wollte sich davon überzeugen, ob die Behauptungen von Studienfreunden, die Polizei gehe brutal gegen Studenten vor, auf Tatsachen beruht.

"Bitte nicht schießen!"

Es wurde seine erste und seine letzte Demonstration. Hinterrücks wurde er auf einem Garagenhof, auf den er geflüchtet war, von dem Kriminalbeamten Kurras niedergeschossen. "Bitte, bitte, nicht schießen!", - das waren seine letzten Worte. Trotzdem prügelten Polizisten weiter auf den am Boden Liegenden ein.

Ein Journalist zu den Polizisten: "Warum holt ihr keinen Krankenwagen? Der Mann stirbt doch!"

Zynische Antwort: "Nö, wieso? Das hat Zeit!"

Eine Stunde später stirbt Benno im Moabiter Krankenhaus. Eine Kette offizieller Lügen folgt dem Mord. Am Schädel Ohnesorgs wurden Operationen vorgenommen, bei denen der Knochen mit der Einschußstelle der Kugel entfernt wurde. Am Tag darauf war dieser Knochen verschwunden.

Kein Wort des Bedauerns fand Berlins "Regierender" Albertz für die Witwe des Toten. Stattdessen dankte er der Polizei für die "geübte Zurückhaltung" und ließ ein generelles Demonstrationsverbot über die Stadt verhängen.



Ein Schnappschuß aus Bennos (2. v. l.) Kindertagen

1963: Mit Freunden in London





Warum mußte Benno sterben ?

In allen Teilen der Bundesrepublik dagegen und über die Grenzen hinaus löste der Tod des Studenten Ohnesorg Entsetzen, Trauer und Empörung aus. Noch bei der Beerdigung sagt seine Schulfreundin Heide Finke: "Ich kann es nicht fassen!" Zusammen sind sie am Alveser Weg in Hannover-Stöcken groß geworden. Sie waren Nachbarkinder.

Alveser Weg 3

"Sein ganzes Leben lang hat sich Benno ungeheuer bemüht, vorwärts zu kommen. Er hatte Dekorateur gelernt. Dann verdiente er sich das Geld, um über den zweiten Bildungsweg das Abitur nachzuholen. Er wollte studieren."

Sie kennt Benno so, wie ihn seine guten Freunde kennen: Als einen hilfsbereiten, fleißigen Jungen, der weder Zeit noch Geld hatte, "Semester um Semester randalierend auf dem Kudamm zu verbummeln". (Frankfurter Neue Presse)

Gemeinsam mit Freunden waren sie in England; ein etwas unterbelichtetes Foto erinnert an diese glücklichen Tage.

"Benno", sagt Heide Finke, "war ein Grübler. Bevor er etwas sagte oder tat, informierte er sich gründlich. Ich habe immer daran geglaubt, daß aus Benno einmal etwas Besonderes wird. Aber daß er so Berühmtheit erlangen würde . . ."

Zwei kriegsstarke Divisionen

Der Todesschuß, der eine junge Frau zur Witwe machte und ein ungeborenes Kind zur Waise, - er war der Höhepunkt einer neuntägigen Notstandsprobe, für die 30 000 Polizisten, zwei kriegsstarke Divisionen, aufgeboden wurden.

"Die Polizei scheint gewillt, mit dem Schah den Notstand zu üben", notierte selbst die bürgerliche "Augsburger Allgemeine"; die "Süddeutsche Zeitung" schrieb: "Die Majestäten durchreisten einen eigens für sie ein gerichteten Polizeistaat". Und der Marburger Professor Wolfgang Abendroth sprach auf der hannoverschen Podiumsdiskussion, die nach der Beerdigung

Ohnesorgs stattfand, offen aus: "An den Westberlinern ist der Notstand probiert worden. Hier wurde vorweggenommen, was uns allen droht, wenn die große Koalition in Bonn die Notstandsverfassung in Kraft setzt. Was würden die Leute, die ihre Sporen im Dritten Reich verdient haben, mit dieser Notstandsverfassung anfangen?"

Fallex 67

Jedoch: Die "Probe auf den Notstandsfall" beschränkte sich nicht nur auf Westberlin. Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung wurden während der Feierabendzeit Autobahnen gesperrt, und Rollkommandos der Polizei verwehrten selbst Minister Wischnewski die Zufahrt zur Autobahn. Das mußte Erinnerungen wecken an das Notstandsmanöver Fallex 66, in dessen Verlauf laut Bericht der "Süddeutschen Zeitung" Autobahnen von der Bundeswehr "freigeschossen" wurden.

In Köln verbot die Polizei den Anwohnern der "Jubelstraßen", während der Vorbeifahrt des Schah die Fenster zu öffnen, in etlichen Städten wurden persische Studenten und Ärzte "vorsorglich festgenommen" oder aus der Stadt gewiesen.

Auch in Hamburg und München gab es furchtbare Prügelszenen, Verhaftungen. In der bajuwarischen Landeshauptstadt setzte die Polizei Hub-schrauber ein, deren Motorengeheul die Sprechchöre der Demonstranten übertönen sollten.

Und daß es sich bei den Vorfällen in Berlin und anderswo nicht um "Betriebsunfälle" handelte, sondern daß eine "große Regie" im Spiele war, das offenbarte ein Bericht im "Hamburger Abendblatt" vom 5.6.1967. Darin wird der folgende Funkspruch zitiert: "Eine bestimmte Person, Nr. 14 einer gewissen Liste, verteilt Handzettel mit dem Ruf: 'Nieder mit dem Schah!'"

Hier wurde offenbar, daß in den entsprechenden Führungsstäben "Schwarze Listen" von Oppositionellen und Demokraten existieren, daß die detaillierten Notstandsplanungen sehr viel weiter gediehen sind, als sich mancher träumen ließ.

Springer hetzt - Polizei schießt

Und bei der "Aktion Schah" wurde so gehandelt, als seien die Notstandsverfassung und die anderen geplanten NS-Gesetze bereits in Kraft. Der Polizeiterror dieser Tage gegen bestimmte Gruppen unserer Bevölke-



Ehefrau Christa und die Brüder des Toten

Eine Frau blieb allein zurück





Benno mußte hart arbeiten, um studieren zu können.

Der Protest der Jugend gegen den persischen Diktator...



... wurde von der Polizei mit brutalem Terror beantwortet



zung ist dem in solchen faschistischen Diktaturen wie Griechenland, Spanien und Persien ebenbürtig. Zu Recht erklärte Professor Habermas: "Das war ein Schritt zum Polizeistaat!"

In diesem Notstandsplanspiel übernahm ein Teil der Presse die Rolle des regierungstreuen Einpeitschers, und nicht zufällig sprach Prof. Abendroth in Hannover davon, daß durch eine Pressekampagne die Polizei auf Linke, auf Demokraten "scharf gemacht" worden sei.

Diffamierte die "Frankfurter Neue Presse" die Studenten als "akademisch getarnte Terroristen", die "Semester um Semester randalierend auf dem Ku-Damm verbummeln", (5.6.67). Ins gleiche Horn stieß die "FAZ" mit der Verleumdung, die Studenten verwandelten Berlin in ein zweites Saigon.

Führend in der Pogromhetze gegen die demokratischen Aktionen der jungen Arbeiter und Studenten waren die Zeitungen des allmächtigen Springerkonzerns; sieben von zehn Westberliner verkauften Zeitungen kommen übrigens aus dem Hause des Presse Cäsar.

Wer sind die Schuldigen?

Ausgerechnet den geprügelten und geschundenen Demonstranten unterstellte "BILD" am Tage nach dem Tode Benno Ohnesorgs "SA-Methoden". Mit Bezeichnungen wie "wildgewordene Kaffer" und der "BILD"-Schlagzeile: "Studenten drohen: Wir schießen zurück!", Unterzeile: "Weiche Polizeiwelle", versuchten Springers Revolverblätter, die Bevölkerung gegen die Studenten aufzuputtschen. Hier ging es nicht nur darum, der prügelnden und schießenden Polizei ein Alibi zu verschaffen, hier ging es um die psychologische Vorbereitung der Öffentlichkeit auf jene Notstandsgesetze, die in Kürze im Bundestag zur Diskussion stehen werden.

"Springer hetzt - die Polizei schießt!", mit diesem Plakat demonstrierten nach dem Ohnesorg-Mord Studenten in Berlin. Ihr Protest und der zahlreicher Jugendverbände galt dem Polizeiterror ebenso wie der Gängelung und Manipulierung der öffentlichen Meinung durch die Zeitungen des Springer Konzerns, die ihre Leser sowohl über die Ziele der Demonstranten als auch über die wirklichen Vorgänge in den "Frontstädten" der Schah-Route bewußt einseitig und falsch informierten.

Damals in Essen

Benno Ohnesorg mußte sterben, weil die Einpeitscher der Notstandsge-

Warum mußte Benno sterben ?

setze den persischen Staatsbesuch als Stichwort für eine Fallex 67-Übung nutzten und aus diesem Grunde die Verfassung zeitweise außer Kraft setzten. Er ist nicht der erste junge Deutsche, der unter Polizeikugeln sein Leben lassen mußte.

Am 11. Mai 1952 wurde in Essen bei einer großen Demonstration gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands der FDJler Philipp Müller erschossen. Er hatte - wie Benno Ohnesorg - von seinem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht.

Die Parallele liegt auf der Hand: Gestern schoß man auf FDJler und verbot FDJ und KPD. Heute schießt man auf Studenten. Kaltschnäuzig fordert man das Verbot des SDS, durchschnüffelt seine Büros in Berlin und München und beschlagnahmt Organisationsmaterialien; unter der Westberliner Rufnummer des SDS meldet sich zeitweise bereits die Politische Polizei.

Auf wen wird man morgen schießen? Wen wird man morgen verbieten wollen? Wer es genau wissen will, der sehe sich die angeblich "entschärften" Notstandsgesetzesentwürfe der Bundesregierung an. Der lese nach, was Hans Günter Wallraff über die geheimen Notstandsvorbereitungen der Großindustrie in Schwerpunktbetrieben enthüllt hat.

Wer wissen will, wohin die Reise laut Bonner Notstandsfahrplan gehen soll, der erinnere sich an die mehrfach geprobtten Anti-Streik-Einsätze von Bundeswehr und Bereitschaftspolizei!

Auf wen wird morgen geschossen?

Der Tod Benno Ohnesorgs war ein Alarmsignal für alle Demokraten. Das zeigten die großen, spontanen Demonstrationen in vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin. "Heute Terror gegen Studenten - morgen gegen Arbeiter!", "Benno Ohnesorg - erstes Opfer der Notstandsdemokratie" - unter diesen Losungen demonstrierten Studenten in Mannheim. "Heute ein demonstrierender Student - morgen ein streikender Arbeiter?", lautete eine Losung im Zug von 2.500 Düsseldorfer Jugendlichen

und Studenten.

In Frankfurt riefen alle Jugend- und Studentenverbände sowie 31 Gewerkschaftssekretäre zum Trauer- und Protestmarsch. Mehr als 8 000 kamen und forderten: "Nie wieder Polizeistaat!", "Entmachtung von Springer". In der Stunde der Gefahr für die Demokratie wuchs das Bündnis zwischen Arbeiterjugend und Studenten. Und ihre Bereitschaft, den gemeinsamen Kampf zu verstärken, um die Notstandsgesetze zu verhindern. Darauf zielten die Worte Prof. Abendroths, der in Hannover den Studenten zurief: "Mögen Ihre Aktionen und Ihre Verbundenheit mit den Arbeitern eine große Zahl von Abgeordneten des Bundestages doch noch zum Widerstand anregen..."

Zeit der Gemeinsamkeit

Denn: "Die Kraft, die Dinge zu verändern und die Demokratie zu retten ist unter den Millionen Arbeitern zu suchen. Mit dieser Kraft müssen wir uns zusammenschließen, um uns vor dem Unheil zu bewahren und um die Schäden der Vergangenheit zu beseitigen." Es gilt jetzt, die in der Stunde der Trauer und der Empörung geborene Gemeinsamkeit auszubauen und gemeinsam zu kämpfen gegen das CDU-Konzept einer formierten Notstandsgesellschaft.

Deshalb verdienen die Forderungen der Studenten nach dem Rücktritt der verantwortlichen Politiker wie Albertz, Büsch und Duensing, nach strenger Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen unsere volle Unterstützung. Dazu zählt auch die Forderung nach Straffreiheit für alle beteiligten Demonstranten und nach Vernichtung der illegalen Schwarzen Listen. Dazu zählt nicht zuletzt die Forderung nach Wiederherstellung der demokratischen Rechte für alle Bürger unseres Landes, für sozialistische Studenten ebenso wie für die Kommunisten.

Es gilt, den Kampf um die Demokratie, gegen die NS-Gesetze bedeutend zu verstärken.

Dazu verpflichtet der Tod Benno Ohnesorgs.



Systematisch wurde die Polizei durch die Springer Presse auf "Linke" und Demokraten scharf gemacht.





HETZ JAGT

á la Springer

"Studenten drohen: Wir schießen zurück." (BILD)

"Eine Straßenschlacht, wie sie Berlin seit Kriegsende nicht mehr gesehen hat, lieferten gestern abend linksradikale Demonstranten anlässlich des Schahbesuchs der Polizei." (BZ, 3. 6.)

"Die Polizei trägt keine Schuld an den Zusammenstößen, die eindeutig von unseren Krawall-Radikalen provoziert wurden. Die Polizei tat ihre schwere Pflicht..." (Morgenpost, 4. 6.)

"Das Maß ist nun voll. Die Geduld der Berliner Bevölkerung ist erschöpft. Wir sind es endgültig leid, uns von einer halberwachsenen Minderheit, die noch meist Gastrecht bei uns genießt, terrorisieren zu lassen." (Morgenpost, 4. 6.)

"Berlin hatte bisher den Ruf einer fleißigen, arbeitsamen Stadt ... Eine Minderheit ist auf dem Wege, diesen Ruf zu zerstören ... Junge Menschen, die bislang nicht am Aufbau dieser Stadt teilgenommen haben. ... Die Anständigen in dieser Stadt aber sind jene Massen der Berliner, die Berlin aufgebaut und Berlins Wirtschaft angekurbelt haben. Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein!" (BZ, 3. 6.)

"Was Ulbricht nützt: Das Vorhandensein zahlenmäßig zwar kleiner, aber um so lautstärkerer Gruppen bei uns, die bereit sind, wesentliche Positionen ohne jede Gegenleistung aufzugeben." (BZ, 16. 5.)

"Die Polizei ging mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor. Daraufhin griffen die Halbstarken die Polizisten an. Mit Steinen. Ein junger Mann wurde schwer verletzt. Er starb nach der Einlieferung ins Krankenhaus." (BILD)



Studenten und junge Arbeiter demonstrierten in vielen Städten gegen die Notstands-Manöver der Polizei.



Alfred Gleitze

**(1. Landesvorsitzender der SJD -
"Die Falken", West Berlin)**

Solange der Polizei nicht klargemacht wird, daß es ihre Pflicht ist, das Demonstrationsrecht zu schützen und zu ermöglichen, und nicht erst zu bekämpfen, solange kann morgen der Fall wieder eintreten.

Die Jugendorganisationen können, von Berliner Sicht aus, jetzt zwei Dinge tun: Einmal mithelfen, daß bei der Polizei wieder ein Gefühl dafür eintritt, welche Aufgaben ihr tatsächlich im Zusammenhang mit der Wahrung der Grundrechte zukommen; und zum zweiten: daß der schon gegründete parlamentarische Untersuchungsausschuß kein Geheimclub wird, sondern daß er absolut öffentlich arbeitet.

Siegfried Müller

(IG Metall, Hauptabteilung Jugend)

Ich kann das Verhalten der Polizei nicht billigen. Sie setzte mit ihren Aktionen gegen die Demonstranten ein, als das zu schützende Objekt, der Schah, schon in der Oper und damit in Sicherheit war. Das Argument, der Schah habe geschützt werden müssen, zieht also nicht. Was wollte man also bezwecken? Den Demokraten auf der Straße zeigen, wer die Macht hat? Das Ganze sieht einer Notstandsübung verteufelt ähnlich - einer Notstandsübung mit tödlichem Ausgang.

Die Jugendorganisationen sollten ihren Einfluß im politischen Bereich geltend machen, daß über parlamentarische Untersuchungsausschüsse solche antidemokratische Maßnahmen verhindert werden. Sie sollten weiter verstärkt staatsbürgerliche Bildung betreiben mit dem Ziel, jeden jungen Staatsbürger in die Lage zu versetzen, sich seiner Grundrechte bewußt zu werden und sie auch auszunutzen.

Kurt Albrecht

**(Bundesjugendsekretär der
Naturfreundejugend Deutschlands)**

Ich bin empört, daß bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien der Student Benno Ohnesorg durch die Kugel eines Kriminalbeamten getötet worden ist. Es ist bedauerlich, daß durch verschiedene Presseverlautbarungen bei der Bevölkerung der Eindruck entstanden ist, bei den Berliner Studentendemonstrationen wären Krakeler, und studentische Radaumacher am Werk gewesen. Man muß erkennen, daß das Recht zu demonstrieren nur eine Möglichkeit ist, eine oppositionelle Haltung zum Ausdruck zu bringen. Ich würde es begrüßen, wenn das politische Gespräch noch stärker in den Vordergrund gestellt würde. Es ist erfreulich, daß der SPD-Vorsitzende die Verantwortlichen der Studenten zu einem Meinungsaustausch eingeladen hat.

Karl Zeyfang

**(Bundesjugendleiter
der Solidaritätsjugend)**

Das Vorgehen der Polizei war völlig ungerechtfertigt, da die Demonstranten ja nur von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht



haben. Es geht aus den Berichten nicht hervor, daß irgendwo über die gesetzlich erlaubten Dinge hinausgegangen wurde. Es ist auch keinerlei Angriffslust der Demonstranten festzustellen gewesen.

Das ist eine Sache, die auf keinen Fall auf die Studenten beschränkt bleiben kann, weil es nun einen Studenten getroffen hat; jeder einzelne kann in die gleiche Lage kommen, wenn er von seinem im Grundgesetz festgelegten Recht Gebrauch macht. Es heißt also, den Anfängen wehren.

Reimut Reiche

**(Bundesvorsitzender des Sozialistischen
Deutschen Studentenbundes)**

Wir meinen dazu generell, daß uns durch diese heftigen Eingriffe der Polizei vorgeführt worden ist, mit welchen Methoden man in der Bundesrepublik alle oppositionellen politischen Gruppen, besonders die Jugend- und Studentenverbände ausschalten will. Dabei ist besonders wichtig zu bemerken, daß in Berlin anscheinend die Polizei mit härteren Methoden vorgeht, was aber nicht unbedingt heißt, daß eine bayerische oder hessische Polizei demokratischer zu sein braucht, sondern daß sie nur geschicktere Methoden angewendet hat. Wir können jetzt also von den Zurücknahmen und den verschiedenen Beschwichtigungsversuchen der Polizei und der Länderregierungen nicht direkt erwarten, daß die Demokratie wieder hergestellt ist, sondern vielmehr, daß man jetzt versucht, mit noch geschickteren Methoden unsere freie Meinungsäußerung zu beschneiden.

Anläßlich der Berliner Vorfälle hat sich gezeigt, daß in einer ganz bestimmten Frage, hier also für die Erhaltung der Grundpositionen der Demokratie, die demokratischen Jugendorganisationen und die oppositionellen Studentenorganisationen zusammengehen können.

Wir haben weiter gesehen, daß eine politische Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, zum Beispiel zwischen der Arbeiterjugend und den Studenten, sehr wohl möglich ist. Wir sollten diese Kontakte weiter ausbauen und jede weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit zum Anlaß nehmen, noch gezielter und noch stärker zu protestieren.

Erdmann Linde

**(Bundesvorsitzender des Sozialdemokratischen
Hochschulbundes)**

Das Verhalten der Polizei ist nicht zu entschuldigen. Der Slogan: Die Polizei - dein Freund und Helfer, ist von den Polizisten in Berlin, Bonn und Hamburg total unglaublich gemacht worden.

Zwei Dinge gilt es zu tun: Kurzfristig, wie hier in Bonn, einen Ausschuß gegen Polizeiterrör zu gründen. Dieser unabhängige Ausschuß hat die Aufgabe, Polizeiübergriffe zu untersuchen, die Untersuchung zu publizieren und Rechtsbeistand bei Prozessen gegen Polizisten zu stellen. Langfristig müssen alle demokratischen Organisationen Kontakte zu der Polizei finden, und den demokratischen Kräften in der Polizei den Rücken stärken.

Bernhard Wurl

(Jugendsekretär der IG' Metall, Duisburg)

Dieser Fall geht nicht nur die Studenten an, dieser Fall geht uns alle an. Vor allem hinsichtlich der Notstandsgesetzgebung. Ich denke daran, daß wir ja gerade jetzt gemeinsam gegen die Notstandsgesetze demonstriert haben. Wie würde sich die Polizei, verhalten, wenn diese Notstandsgesetze schon beschlossen wären, wenn sie sich jetzt schon undemokratisch und rechtswidrig verhält.

Immerhin hat ja die Bereitschaftspolizei schon in Süddeutschland, bei Caltex zum Beispiel, Streikniederschlagung geübt.

Angesichts solch eines erschreckenden Vorfalles sollten die verschiedenen Jugendverbände alle Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen beiseite schieben, um gemeinsam das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen.

Bruno Neurath

(SJD - "Die Falken", Köln)

Der Vorfall könnte uns einen Vorgeschmack auf die Notstandsgesetzgebung geben, was uns dann noch erwarten könnte, wenn es legal wäre, das zu tun. Diese Exzesse in Berlin erinnern mich an die SS im Dritten Reich. Man kann sie nur verurteilen.

Nach meiner Meinung geht es jetzt darum, eine gemeinsame Front aller Jugendverbände zu schaffen und zahlreiche Aufklärungsaktionen wie Foren, Diskussionen, Flugblattverteilungen durchzuführen.



Trauer und Empörung in allen Teilen der Bundesrepublik

